

Wir zahlen nicht die Zeche für euer politisches Versagen!

Bad Cannstatt, Marktstraße – Seit wenigen Stunden sammeln die Genossinnen und Genossen der DKP Bad Cannstatt an diesem Samstag im Juni Unterschriften gegen explodierende Energiepreise. Schon 50 Unterschriften sind an diesem sonnigen Vormittag zusammengekommen. Lange Jahre wäre es undenkbar gewesen, dass sich so viele Menschen an einer Kampagne der Kommunistischen Partei beteiligen – aber es sind keine normalen Zeiten. Ein Mann macht seinem Ärger Luft: „Alles wird teurer, im Supermarkt, an der Tankstelle! Was soll da erst passieren, wenn im Winter das Gas ausgeht? Die Konzerne machen sich die Taschen voll und wir zahlen die Zeche!“

Angst vor weiteren Preissteigerungen

Unsere Gespräche, die wir im Zuge unserer Energiepreisstopp-Kampagne mit den Menschen auf der Straße führen, zeigen deutlich: Wie diesem Bürger von Bad Cannstatt geht es vielen Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Sie

spüren die sprunghaft auf rund 8% gestiegene Inflation besonders. Neben den Energie- sind es vor allem die Lebensmittelpreise, die ihnen zu schaffen machen. Die Preise für alltägliche Lebensmittel wie Getreideprodukte (+9%), Fleisch (+12%) und Speiseöl (+27%) haben sich im Vergleich zum Vorjahr drastisch erhöht. Was in dieser Situation aber noch dazukommt, ist die Angst. Nicht die Angst vor einer Entwertung der eigenen Ersparnisse – denn von Ersparnissen können diese Menschen seit Jahren nur träumen. Es ist die Angst davor, was passiert, wenn die wirklich heftigen Preissteigerungen erst noch kom-



men werden oder wenn ab dem Winter überhaupt nicht mehr genug Energie für alle zur Verfügung steht.

Fortsetzung Seite 2

Im Herbst ist Tarifrunde im Bereich der Metall- und Elektroindustrie.

Die Tarifkommission hat jetzt die Forderung für Baden-Württemberg beschlossen: 8%.

8% bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Damit folgte die Tarifkommission den „Empfehlungen“ aus dem Vorstand der IGM.

Angesichts der explodierenden Preise bei Lebensmitteln und Energie wäre eine Forderung im zweistelligen Bereich richtig gewesen. Schon die jetzige Forderung von 8% bedeutet Reallohnverlust. Aus einzelnen Betrieben hat man im Vorfeld Zahlen im Bereich von 11 – 15% oder mehr gehört. Diese konnten sich offensichtlich nicht durchsetzen. Noch besser wäre eine Festgeldforderung gewesen. Diese ist sozial am Vernünftigsten, da gerade die Preissteigerungen bei den Dingen des täglichen Bedarfs KollegInnen in den niedrigeren Entgeltgruppen stärker treffen. In konkreten Zahlen wäre eine Forde-

rung im Bereich 400 – 450,-€ angebracht, natürlich bei einer Laufzeit von 12 Monaten, da niemand weiß, wie sich die Preise weiter entwickeln.

IGM-Vorsitzender fordert Reallohnverlust

Normalerweise werden die Forderungen zuerst in den Betrieben diskutiert und beschlossen. Diese Beschlüsse sollten dann Grundlage der Beschlüsse in den Tarifkommissionen sein.

Da wirkt es schon befremdlich, wenn der Vorsitzende der IGM Hofmann meint, er müsse bereits zu Beginn einer breiten Diskussion in den Betrieben Anfang Juni mit einer Forderungsempfehlung von 7 – 8% in den bürgerlichen Medien hausieren gehen. Da haben wir ein anderes Ver-

ständnis von innergewerkschaftlicher Demokratie. "Wir brauchen eine kräftige Lohnerhöhung", sagte Jörg Hofmann der "Süddeutschen Zeitung" (SZ). "Der Tarifabschluss muss zwei Jahre abdecken, 2022 und 2023. Laufen die Verhandlungen gut, haben wir im November ein Ergebnis." Da muss man schon fragen, wo lebt der Kollege Hofmann eigentlich? Hat er von den Preissteigerungen noch nichts mitbekommen?

Vernunft und Verantwortung?

Wenn die Forderung unterhalb der Preissteigerung liegt, von einer kräftigen Lohnerhöhung zu sprechen, ist schon dreist. Doch dann geht es weiter: „Wir beweisen wiederholt Vernunft und Verantwortung. Die Beschäftigten haben nach

Fortsetzung Seite 2

Politik gegen die eigenen Interessen?

Leider ist diese Angst alles andere als unbegründet. Die deutsche Politik ist gerade im Rekordtempo dabei, die Grundlagen der eigenen Wirtschaft und die Infrastruktur des Landes zu vernichten. Es ist weder im Interesse der Menschen in Deutschland, die Energieleitungen aus Russland zu kappen, noch die politischen und kulturellen Beziehungen. Auf der politischen Weltbühne hat sich der Wind dabei längst gedreht: In Indien, China, der arabischen Welt und Lateinamerika liegen

die Sympathien in diesem Konflikt klar auf russischer Seite.

Grüne Russophobie statt Klimaschutz

Als willfährige Vollstrecker von US-Interessen tun sich in Deutschland besonders die Grünen hervor. Seit dem Eintritt der ehemaligen Friedens- und ehemaligen Ökopartei in die Regierung hat Energiesparen nichts mehr mit Klimaschutz zu tun – es geht nur noch darum, „Putin eins auszuwischen“. Dass heute moderne Gasheizungen demontiert und durch schmutzige Ölheizungen ersetzt werden, stört

sie so wenig wie das Verfeuern klimaschädlicher Kohle, solange es ihrem ideellen Russlandfeldzug dient.

Es geht auch gegen China

Deutschland war einmal das Vorzeigeland für erneuerbare Energien. Diese Rolle hat man längst an die Volksrepublik China verloren, wo die Kommunistische Partei den Ausbau erneuerbarer Energien im Rekordtempo vorantreibt. Es mutet absurd an, dass deutsche Politiker heute angesichts der eigenen technologischen Rückschritte und der sich international formierenden Bündnisse gegen „den Westen“ auch noch die Konfrontation mit China fordern.

Aktiv werden für Frieden und soziale Sicherheit!

Die Menschen in Deutschland werden diesen Wahnsinn bezahlen müssen, wenn sie es nicht schaffen, diesen Politikern in den Arm zu fallen. Dabei wird es alle treffen, bis weit in die Mittel- und sogar in die Oberschicht hinein. Wir als Kommunistische Partei fordern alle Bürgerinnen und Bürger auf, sich am Kampf für Frieden und soziale Sicherheit zu beteiligen – und wenn es zunächst nur mit einer Unterschrift unter unsere Kampagnenforderungen ist.

Energiepreisstopp jetzt!
Energiekonzerne
in öffentliche
Hand!
www.energiepreisstopp-jetzt.de

DKP
Deutsche Kommunistische Partei

vier Jahren wieder eine ordentliche Erhöhung ihrer Entgelttabellen verdient. Darüber hinaus ist es Aufgabe der Politik, dass sie zugleich beim gewaltigen Problem der Preisanstiege steuernd eingreift. Wir können die aktuellen Teuerungsraten nicht allein über Tarifpolitik ausgleichen.“ Vernunft und Verantwortung will er damit beweisen. Für was und für wen? Für die Profite der großen Konzerne? 4½ Jahre ohne tabellenwirksame Lohnerhöhungen für die Kolleginnen und Kollegen. Dagegen hat das Kapital während der Pandemie satte Profite gemacht. Die aktuellen Preissteigerungen landen auch in den Taschen der großen Konzerne, sie profitieren jetzt vom Krieg in der Ukraine. Die Zeche für die Sanktionen und das Hochrüstungsprogramm der Bundesregierung zahlen wir, die abhängig Beschäftigten.

Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich!

Angesichts der kommenden Digitalisierung, auch „Transformation“ genannt, wäre bei dieser Tarifrunde eine Forderung nach einer kollektiven Arbeitszeitverkür-

zung bei vollem Lohnausgleich und gegebenenfalls Personalausgleich dringend angesagt. Seit über 30 Jahren spielt das Thema Arbeitszeitverkürzung bei den IGM Tarifrunden keine Rolle mehr. Obwohl die Arbeitsproduktivität gerade in diesen Jahren enorm zugenommen hat. Was wir in den letzten Jahren erlebt haben, waren Flexibilisierungen und individuelle Lösungen, die die KollegInnen aus ihrer eigenen Tasche bezahlt haben. Die Kapitalprofite blieben unangetastet. Doch zum Thema Arbeitszeitverkürzung ist vom IGM-Vorsitzenden Hofmann nichts zu hören.

„Konzertierte Aktion“ – sie dient nur dem Kapital

Auch die Politik mischt sich wieder in die Tarifrunden ein. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat eine steuerfreie Einmalzahlung und eine Neuauflage der „Konzertierte Aktion“ ins Gespräch gebracht, das heißt gemeinsame Runden von Politik, Arbeitgebern und Gewerkschaften, wie es sie seit Ende der sechziger Jahren öfter gegeben hat. Mal hießen sie „Kon-

zertierte Aktion“, mal „Bündnis für Arbeit“. Ziel und Zweck dieser Bündnisse ist immer das Gleiche: Mit der geballten Macht des Kapitals und ihrer Regierung die Löhne drücken, Kämpfe unterbinden, die Gewerkschaften entrechten und die Interessen der abhängig Beschäftigten verkaufen. Die Konzertierte Aktion hätte dann sicher mit die Aufgabe, die gigantischen Summen für die militärische Aufrüstung und die Milliarden-Geschenke an die Superreichen durch Sozial- und Lohnkürzungen der Arbeiterklasse aufzubürden.

Impressum
DKP
Deutsche Kommunistische Partei Kreis Stuttgart
Böblinger Str. 105
70199 Stuttgart
www.dkp-stuttgart.org

100 Milliarden für die Rüstung – Schuldenbremse für Soziales: Was für ein Wahnsinn!

Der Beschluss war lange vorbereitet und hat ursächlich nichts mit dem Ukraine-Krieg zu tun.

Bereits 2016 wollte die damalige „Verteidigungsministerin“ von der Leyen sogar 130 Milliarden in die Bundeswehr investieren.

Die Eskalation des Ukraine-Krieges durch die russische Militäraktion war nun die gewünschte und provozierte Gelegenheit für das einzigartige und hochgefährliche Aufrüstungsprogramm.

Mit Propaganda-Lügen Kriegshysterie geschaffen

Gelogen waren die Behauptungen, dass dies seit 1945 der erste Krieg sei in Europa (die völkerrechtswidrige Bombardierung Jugoslawiens 1999 wurde verschwiegen) und dass der Ukraine-Krieg durch die russische Föderation begonnen wurde (der 8-jährige Krieg im Donbass wurde systematisch ausgeblendet).

Mit Hilfe einer Schockstrategie (siehe Naomi Klein) incl. Aufmerksamkeits- und Empörungsmanagement wurden Mehrheitsmeinungen gekippt.

Ohne kleine Leute keine großen Kriege

Entgegen den ursprünglichen Aussagen geht es bei dem 100 Mrd.-Programm vorrangig nicht um Ausrüstung der Bundeswehr, sondern um Aufrüstung in bisher nicht gekannter Dimension. Nicht nur auf Kosten, sondern zum Schaden der Bevölkerung werden 81 Jahre nach dem Überfall auf die Sowjetunion erneut Großmachtinteressen durchgesetzt, ohne Rücksicht auf Verluste. Mit 100 Milliarden Euro könnten 130 000 neue Pflegekräfte vier Jahre lang beschäftigt oder 900 000 Sozialwohnungen subventioniert werden, was dringend notwendig ist – ebenso wie Investitionen ins Bildungssystem, in die Infrastruktur (z.B. deutsche Bahn) sowie in den Umwelt- und Klimaschutz.

Koalition des Fortschritts?

Die durch eigene Wirtschaftssanktionen verursachte Inflation führt zu Massenbelastungen und wachsender Armut. Die Kapitaleseite nutzt die Gunst der Stunde und fordert eine Erhöhung des Rentenalters sowie Arbeitszeitverlängerung, im

Rahmen einer „konzertierten Aktion“ soll Lohnverzicht durchgesetzt werden. Und mit Fracking-Gas wird der propagierte Klimaschutz in die Tonne getreten.

Doch damit nicht genug: Sie gefährden unser aller Leben, die Fortexistenz der Menschheit. Mit der geplanten atomaren Aufrüstung z.B. durch Anschaffung der F35 Tarnkappenbomber (Atomwaffen-Taxis der USA) riskieren sie den atomaren Selbstmord. Hinzu kommen Eurofighter, die Beteiligung am europäischen Future Combat Air System (FCAS) und die zu

nung, in der die VR China und die BRICS-Staaten einschließlich der russischen Föderation eine wichtige Rolle spielen.

Stuttgart ist Kriegszentrale

Die F35 Tarnkappenbomber werden in Büchel (Rheinland-Pfalz) stationiert, ebenso die modernisierten US-Atombomben vom Typ B61-12. Aber die Zentrale, die alle US-Atomwaffen in Europa befehligt, ist das EUCOM in Stuttgart Vaihingen. Dadurch wird Stuttgart zur



befürchtende Stationierung von Hyperschallwaffen („Dark Eagle“).

SPD und Grüne versprachen vor der Bundestagswahl eine Grundsatzdebatte über die „nukleare Teilhabe“, die nie stattgefunden hat. Die Bundesregierung betont, dass sie das Ziel einer atomwaffenfreien Welt teilt. Aber Bundeskanzler Scholz erklärte am 27.2.2022: „Und für die Nukleare Teilhabe werden wir rechtzeitig einen modernen Ersatz für die veralteten Tornado-Jets beschaffen.“

Ihr Anliegen ist durchschaubar

Es geht der BRD, der EU und den USA darum, die Weltherrschaft der alten „wertebasierten Ordnung“, die in Wirklichkeit eine Ausbeuterordnung ist, zu verteidigen – gegen eine neue multipolare Weltord-

exponierten Zielscheibe für einen eventuellen russischen Gegenschlag. Zur Zeit werden auch die Waffenlieferungen an die Ukraine praktisch koordiniert von einer Zelle in den Patch Barracks (EUCOM) in Stuttgart-Vaihingen. Das EUCOM wird als das „Büro“ bezeichnet, das Kiew die militärische Taktik diktiert.

Lasst uns Sand im Getriebe dieser Kriegspolitik sein!

Lasst uns eine neue Friedensbewegung von unten aufbauen!

Für einen Waffenstillstand und Verhandlungen sofort!

NEIN zum Wahnsinnsziel eines Siegfriedens – JA zur Wiederherstellung des Prinzips der friedlichen Koexistenz!

Wir brauchen auch finanzielle Unterstützung. Stuttgart links, Handzettel und vieles andere kosten Geld. Auch für kleine Spendenbeiträge sind wir dankbar.

DKP Stuttgart, Spendenkonto: IBAN: DE03600501010002078906

BIC: SOLADEST600



21. UZ-PRESSEFEST VOLKSFEST DER DKP 27. & 28. AUGUST 2022

**Das Fest des Friedens
und der Solidarität**

LIVE:

BANDA BASSOTTI
MICROPHONE MAFIA
**TINO EISBRENNER &
TATANKA YOTANKA**
CALUM BAIRD
COMPANIA BATACLAN
ATTILA THE STOCKBROKER
GINA PIETSCH
HARTMUT KÖNIG
ACHIM BIGUS
MUSIKANDES
TOBIAS THIELE
ERNST-BUSCH-CHOR
U.V.A.



ANTIKRIEGSMEEETING

KONZERT FÜR
ESTHER BEJARANO

MAIGALERIE DER
JUNGEN WELT

DISKUSSIONSFOREN
& VORTRÄGE

AUSSTELLUNGEN

PETER-HACKS-STÜCK
IM BABYLON

CASA CUBA
KINDERFEST, U.V.M.



EINTRITT FREI!

DAMIT ALLE MITFEIERN KÖNNEN,
BITTEN WIR DIEJENIGEN, DIE ES
SICH LEISTEN KÖNNEN, UM EINE
SOLIDARISCHE SPENDE!

ROSA-LUXEMBURG-PLATZ

BERLIN



pressefest.dkp.de